

## **Tätigkeitsberichte des VBRG e.V. für die Jahre 2017, 2018 und 2019**

Der VBRG e.V. führte in den Jahren 2017, 2018 und 2019 Aktivitäten durch, die folgenden Zwecken dienen 1.) Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte Opfer von Straftaten mit rechten, rassistischem und antisemitischem Hintergrund und 2.) die Förderung der Prävention von Gewalttaten mit rechtem, rassistischem und antisemitischem Hintergrund.

In den vergangenen drei Jahren waren die Aktivitäten des Verbandes auf den Ausbau der Beratungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland und auf die Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt gerichtet. Die Anzahl rassistischer Angriffe ist auf einem hohen Niveau von vier bis fünf PMK-Rechts Gewalttaten täglich; hinzu kamen in 2019 zwei rechtsterroristische Attentate in Isthra bei Kassel und Halle (Saale) mit drei Toten und einem Dutzend direkt betroffenen Überlebenden. Dies wirkte sich auf die Arbeit des Verbandes aus. Aufgrund dieser Entwicklung sind mehrere mehrsprachige Publikationen entstanden und mehr als drei Dutzend öffentliche Veranstaltungen und Fortbildungen fanden zum Thema rassistische Gewalt und Bedrohungen durch rechtsextreme Netzwerke statt.

Hauptschwerpunkt der Arbeit ist der Aufbau des Dachverbandes für die fachspezifische Opferberatung. Für diese Arbeit erhält der VBRG e.V. Fördermittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Bundesprogramm „Demokratie lebe! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Diese beliefen sich im Jahr 2017 auf eine Summe von 184.850 €, im Jahr 2018 auf eine Summe von 191.800,40 € und im Jahr 2019 auf 232.000,00 €.

Im Rahmen dieses Projektes und durch die Mitarbeit der Verbandsmitglieder wurden folgende Aktivitäten umgesetzt:

### **Im Jahr 2017:**

Der VBRG hat ab Februar 2017 eine eigenständige Geschäftsstelle in Berlin-Lichtenberg eingerichtet. Es fanden fünf bundesweite Netzwerktreffen der Mitgliedsorganisationen des VBRG e.V. statt. Als neue Mitglieder konnten die Beratungsstellen aus Bremen und Niedersachsen (soliport und RespAct) in die Verbandsstruktur aufgenommen werden. Die Organisationsentwicklung des VBRG wurde mit 4 Workshops, einer zweitägigen Klausur und zehn Sitzungen einer Arbeitsgruppe besonders intensiviert.

Insgesamt wurden im Jahr 30 Veranstaltungen und Vernetzungstreffen durchgeführt. Mehr als 60 Einzelvorträge und Workshops fanden statt.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sind vier Broschüren nachgedruckt worden. Eine Broschüre wurde aktualisiert und überarbeitet sowie eine weitere vom VBRG redaktionell betreut.

Es wurden zwei Fortbildungen und ein Vernetzungstreffen für das Themenfeld rassistische Gewalt im Kontext von Flucht und Asyl realisiert (Selbstreflexion, Betroffene mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus, Änderungen im Asylrecht)

Es wurde eine zweitägige Fortbildung für die Arbeit mit Betroffenen antisemitischer Gewalt durchgeführt und eine Publikation zum Themenfeld erarbeitet.

Das Thema "Kinder in der Beratungsarbeit" wurde in einer bundesweiten Fortbildung mit 35 Teilnehmer\*innen vertieft. Darüber hinaus wurde ein Konzept für die Beratungsarbeit mit Kindern und Eltern erstellt.

Der Ausbau internationaler Kooperationen wurde bei einer einwöchigen Konferenz (UNITED) mit 90 Teilnehmer\*innen aus 26 Ländern ausgebaut. Dort wurden über 50 Einzelvorträge gehalten und Workshops durchgeführt.

Es wurde eine 2-tägige Fortbildung zu "Antisemitismus als Gegenstand der Beratung" in Kooperation mit der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Jüdinnen und Juden in Deutschland (ZWST) durchgeführt und eine Broschüre mit der ZWST und der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus redaktionell fertig gestellt.

Zur fachliche Qualifizierung der Mitarbeiter\*innen der Mitgliedsorganisationen führte der VBRG verschiedene Veranstaltungen durch: Der erste Durchlauf des Modularen Curriculums zur Qualifizierung neuer Berater\*innen in den Mitgliedsorganisationen wurde mit zwei Modulen in Berlin im Jahr 2017 abgeschlossen. Der zweite Durchgang der Fortbildungsreihe hatte im Dezember 2017 mit einer dreitägigen Veranstaltung in Hannover ihren Auftakt. An den Terminen nahmen jeweils 15 Berater\*innen teil, die neu in ihren Projekten arbeiten.

In Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R), dem Bundesverband Mobile Beratung und der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen wurde ein Workshopangebot für Engagierte in der Flüchtlingshilfe und in Willkommensinitiativen entwickelt und umgesetzt. Der Aufbau eines bundesweiten Monitorings rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe wurde weiter vorangetrieben. So wurde z.B. eine langfristige Kooperation mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) eingegangen.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden ein Ratgeber für Geflüchtete in einfacher Sprache veröffentlicht sowie eine Handreichungen für Menschen, die in den Fokus rechter Hetze und Bedrohung gelangt sind. Darüber hinaus wurden Ratgeber für Betroffene sowie für Angehörige von Betroffenen überarbeitet und neu aufgelegt.

### **Im Jahr 2018:**

Die Organisationsentwicklung wurde 2018 mit einer Strukturänderung abgeschlossen. Im Februar 2018 fand eine Mitgliederversammlung statt, bei der eine neue Arbeits- und Verbandsstruktur beschlossen und in einer Satzungsänderung festgehalten wurde. Nach dieser Änderung wurde die Geschäftsstelle durch eine feste Stelle für die Geschäftsführung

erweitert. Der Schwerpunkt der neuen Geschäftsführerin waren Öffentlichkeitsarbeit und Außenvertretung der Interessen der Opferberatungsstellen.

Die zwei bundesweiten Fortbildungen mit Vernetzungsteil fanden im August und im Oktober in Frankfurt am Main statt. Themen waren Öffentlichkeitsarbeit und Lokale Intervention. An beiden Veranstaltungen nahmen bis zu 35 Personen teil.

Die eintägigen Fortbildungen mit 10 bis 20 Teilnehmer\*innen wurden im März (Webinar zu Datenschutz), im April (Burnoutprävention), im November (Strafrecht in der Opferberatung, Rechte von Betroffenen) und im Dezember (Einführung in Monitoring und Datenbank) durchgeführt.

Die Fortbildungen der Ausbildungsreihe "Modulares Curriculum" wurden an sechs zweitägigen Terminen im Januar, Februar, April, Juni, September und November umgesetzt.

Kooperationsveranstaltungen fanden im September mit der GesBiT und dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft statt. Darüber hinaus wurde im November eine Fortbildung für Journalist\*innen, die aufgrund ihrer Arbeit von Bedrohungen und Angriffen betroffen sind, durchgeführt. Diese Veranstaltung wurde in Kooperation mit mehreren Partner\*innen vorbereitet.

Die Begleitung von Strukturaufbau und Qualitätsentwicklung der Opferberatungsprojekte in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein durch Coaching und Konzeptreviews und die Begleitung von Qualitätsentwicklung der Opferberatungsprojekte in Bremen und Niedersachsen durch Qualifizierungs-Workshops zu Monitoring und Fallrecherche durch Vertreter\*innen der Mitgliedsorganisationen des VBRG e.V. und Angestellte der Geschäftsstelle. Darüber hinaus gab es vier bundesweite ganztägige Vernetzungs- und Qualitätsentwicklungstreffen mit Vertreter\*innen von 14 VBRG-Mitgliedsorganisationen (jeweils 20 TN und Vorstand)

Zum Auf- und Ausbau der Verbandsstruktur der fachspezifischen Opferberatungsstellen, zur Fachvernetzung der spezialisierten Opferberatungsstellen, insbesondere zum Ost-West-Wissenstransfer, zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung fanden u.a. folgende Aktivitäten statt:

Folgende Ratgeber, Arbeitshilfen für Berater\*innen und Multiplikator\*innen sowie Fachpublikationen wurden im Jahr 2018 veröffentlicht:

- Was tun nach einem rechten, rassistischen oder antisemitischen Angriff? Handlungsmöglichkeiten und Hilfe für Betroffene, Angehörige und Zeug\*innen (aktualisierte Auflage, 2018)
- What to do after a right-wing, racist or anti-Semitic attack? Possibilities for action and help for victims, relatives and witnesses. (1. Auflage, 2018)
- Was tun nach einem rechten, rassistischen oder antisemitischen Angriff? Ein Ratgeber für Betroffene auf Romanes (1. Auflage, 2018)
- Unterstützung nach einem rassistischen Angriff – Ein Ratgeber für Geflüchtete in Einfacher Sprache (2. Auflage, 2018)

- Im Fokus von Neonazis. Ein Ratgeber für Betroffene und Unterstützer\*innen. (6. Auflage, 2018)
- Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei. (3. Auflage, 2018)
- Qualitätsstandards für eine professionelle Unterstützung: Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland. (4. Auflage, 2018)
- Gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts ( mit ado, KOK, bff)
- „Sie sind in meine Wohnung gekommen, because I am black. Eine Fallstudie aus Sachsen-Anhalt“ in: Demokratie und Zivilgesellschaft: Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, 2/2018
- „Die Reform der PMK-Definition und die anhaltenden Erfassungslücken zum Ausmaß rechter Gewalt“ in: Wissen schafft Demokratie, Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft 4/2018
- „Kein Ende der Erfassungsdefizite“ in: CILIP 117/2018

Folgende Fachkonferenzen mit VBRG-Kooperation und/oder inhaltlichen Beiträgen fanden 2018 statt (Auswahl):

- „Fachtagung: Gewalt gegen Minderheiten Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena (Mitveranstalter und Vortrag)
- „Aktuelle Entwicklungen im Opferschutz“ an der Deutschen Richterakademie, Wustrau (Vortrag und Teilnahme)
- „Hate Crime Victims in the Criminal Justice System – A Practical Guide“, OSZE Expert Working Group (Vortrag und Teilnahme), Warschau
- „Techniques to improve states' support for victims of Hate Crime“ im OSZE Human Dimension Implementation Meeting, Warschau, (Vortrag und Teilnahme)
- Input & Fachaustausch mit C-Trägern im Rahmen des Gesbit-Fortbildungsprogramms zum Umgang mit Bedrohung und Gewalt

Insgesamt wurden 13 Fortbildungsveranstaltungen für alle spezialisierten Opferberatungsstellen in 2018 realisiert, um durch Maßnahmen der Qualitätssicherung und -entwicklung in der spezialisierten Beratung für Betroffene rechter Gewalt sowie im fachlichen Austausch die Aus- und Weiterbildung der Berater\*innen in den fachspezifischen Beratungsstellen sicherzustellen.

Das Modulare Curriculum als Ausbildungsmodul für 16 Neueinsteiger\*innen in der fachspezifischen Opferberatungsarbeit wurde im Oktober 2018 erfolgreich abgeschlossen. Die Ausbildung „Fachberatung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ umfasste sieben 2 – 3 tägige Module in einem 18-monatigen Zeitraum.

Darüber hinaus wurden folgende Fortbildungsveranstaltungen angeboten und realisiert:

- „Öffentlichkeitsarbeit in der Opferberatung“: 2-tägige Fortbildung mit 35 TN
- Lokale Intervention als Qualitätsmerkmal der Opferberatung in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI): 2-tägige Fortbildung mit 35 TN
- „Burnout-Prävention und Selbstfürsorge“: 1-tägige Fortbildung mit 15 TN

- Strafrecht in der Opferberatung und Rechte von Betroffenen: 1-tägige Fortbildung mit 20 TN
- Webinar „Datenschutzgrundverordnung und die Beratung von Betroffenen rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung“ in Kooperation mit dem ADVD
- Journalist\*innen im Fokus von Neonazis und organisierten Rassist\*innen: Selbstfürsorge und Handlungsstrategien in Kooperation mit Dart Center for Journalism and Trauma, Columbia University (NYC) und Deutscher Journalisten Verband Sachsen

Praxis-Wissenschafts-Transfer und Kooperationen gab es u.a. mit den nachfolgenden Organisationen und Institutionen: Arbeitskreis der Opferhilfen (ado), Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe // Frauen gegen Gewalt (bff), Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel (KOK), Deutsches Institut für Menschenrechte, Amnesty International, Ombudsfrau der Bundesregierung für die Opfer des NSU, Terrorismusbeauftragter der Bundesregierung, Ruhr-Universität Bochum, Moses Mendelssohn Zentrum (Universität Potsdam, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena, Deutsches Jugendinstitut (DJI), OSCE-Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR), Hochschule für Wirtschaft und Recht (Berlin), Alice Salomon Hochschule Berlin, Deutscher Journalistenverband (DJV) sowie zahlreiche Akteure im Bundesprogramm „Demokratie leben!“: u.a. Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden und Jüdinnen in Deutschland, Recherche und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), Amadeu Antonio Stiftung, Bundesarbeitsgemeinschaft für Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR), Antidiskriminierungsverband Deutschland, Bundesverband Mobile Beratung, Zentralrat der Sinti und Roma. Diese Kooperationen sind langfristig angelegt und bestanden auch in 2019 fort.

### **Im Jahr 2019:**

Die Regelangebote des VBRG e.V. wurden durch Öffentlichkeitsarbeit, telefonische Beratungen und Zusammenarbeit in Vernetzungsrunden und Fortbildung sowie Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und Online-Medien bekannt gemacht und angeboten.

Bei Projektbesuchen vor Ort durch die Geschäftsführung und Angestellte der Geschäftsstelle wurden Bedarfe in den Fortbildungen sowie in fall- und projektbezogene Fragen erörtert.

Es haben 13 unterschiedliche Fortbildungen für Berater\*innen stattgefunden, bei denen u.a. Kooperationspartner\*innen integriert wurden.

Mit zwei rechtsterroristischen Anschlägen und drei Toten sind die Opferberatungsstellen und die Geschäftsstelle in Kriseninterventionsstrukturen eingebunden und stehen vor großen Herausforderungen in der Begleitung mehrfach traumatisierter Betroffener.

In allen Bundesländern sind fachspezifische Opferberatungen entstanden, die an den VBRG angebunden sind. Der VBRG hat nun 15 Mitglieder in 14 Bundesländern. Der Ansatz der Opferberatung konnte erfolgreich in allen Bundesländern eingeführt werden. Mit dem

Aufbau einer Geschäftsstelle, in der 4 Teilzeitkräfte arbeiten, sind Ansprechbarkeit und Kontinuität der Verbandsarbeit gesichert.

Fachliche Unterstützung wurde bei Kooperationsveranstaltungen, Fortbildungen und Veranstaltungen und durch die Veröffentlichung von Ratgebern geleistet.

Darüber hinaus besteht eine Zusammenarbeit mit dem "Deutschen Jugendinstitut" bezüglich der Auswertung von Daten aus der Beratungsarbeit.

Über eine Kooperation mit OFEK bei der Zentralen Wohlfahrtsstelle der Jüdinnen und Juden in Deutschland und mit der Recherche und Informationsstelle Antisemitismus konnte das Thema antisemitische Gewalt in der Öffentlichkeit starke Präsenz erlangen.

Zudem wurden fünf Kooperationsveranstaltungen, u.a. mit medico international, der Ruhr Universität Bochum, dem TGBW und dem RAV e.V. durchgeführt.

Auf nationaler Ebene wurden die Themen 1. Monitoring rechter Gewalt, 2. Gewalt gegen Betroffene von Rassismus und Antisemitismus und 3. digitale Gewalt gegen Betroffene von analoger Gewalt erörtert und Erfahrungen ausgetauscht.

Die Publikationen des VBRG erreichten Migrant\*innen, Geflüchtete in Unterkünften, deren ehrenamtliche Unterstützer\*innen, demokratisch Engagierte, Journalist\*innen und Angehörige von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Eine mit anderen Verbänden erarbeitete Stellungnahme zur Reform des sozialen Entschädigungsrechts war für die Arbeit im parlamentarischen Raum von Bedeutung.

Die zwei bundesweiten Fortbildungen mit Vernetzungsteil fanden im Juni und im Oktober 2019 in Berlin statt. Themen waren Racial Profiling in der Beratung und Strategien zum Umgang mit digitaler Gewalt. An beiden Veranstaltungen nahmen bis zu 35 Personen teil.

Die eintägigen Fortbildungen mit 10 bis 25 Teilnehmer\*innen wurden im Januar (Tagung Antidiskriminierung mit advd), im Februar (Strafrechtliche Neuerungen), im Juli (Online-Beratung), im September 2019 (Psychisch Erkrankte Klient\*innen/Suizidalität sowie Aufenthaltsrecht) durchgeführt.

Die Fachkonferenz "Zwei Jahrzehnte Beratung" des VBRG fand im September 2019 unter Beteiligung der Opferberatungsstellen, der Öffentlichkeit und zahlreicher Kooperationspartner aus Demokratie Leben sowie Multiplikator\*innen aus der Beratung von Kindern und Jugendlichen und Wissenschaftler\*innen mit insgesamt mehr als 100 Teilnehmer\*innen in Leipzig statt.

Die Kooperationsveranstaltungen zu Todesopfern rechter Gewalt fanden im Januar in Frankfurt am Main und Erfurt, im März in Bochum und Stuttgart, im August 2019 in Duisburg statt und erreichten insgesamt über 500 Besucher\*innen.

Im Jahr 2019 wurden folgende Publikationen neu erstellt.

Ratgeber auf Englisch und Türkisch: "What to do after a right-wing, racist or anti-Semitic attack? Possibilities for action and help for victims, relatives and witnesses. A guidebook"

"Sağcı, ırkçı veya antisemit bir saldırının ardından neler yapmak gerekir? Mağdurlar, aile yakınları ve tanıklar neler yapabilir ve nasıl yardım alabilirler?"

Eine Handreichung "Was tun nach einem rassistischen Angriff" in 10 Sprachen wurden gedruckt.

Für die langfristige internationale Vernetzung in den Themen Hate-Crime-Monitoring und Opferberatung beteiligte sich der VBRG an weiteren Arbeitstreffen der OSZE Unterorganisation ODIHR in Warschau und Brüssel.

### **Opferhilfefonds des VBRG e.V.**

Im Jahr 2017 beliefen sich die Spenden für den Opferhilfefonds auf 6.317,80 €, im Jahr 2018 standen den Opferfonds 16.346,17 € und im Jahr 2019 standen den Opferfonds 13.744,19 € zur Auszahlung an Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zur Verfügung. Insgesamt wurden in den Jahren 2018 und 2019 zwölf Anträge für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt beim Opferhilfefonds eingereicht, wovon zehn die Zustimmung des unabhängigen Beirats erhielten. Ein Antrag entsprach formal nicht der Ordnung des Fonds, ein Antrag wurde vor Beurteilung durch den Beirat zurückgezogen. Die Bearbeitungszeit beträgt in der Regel drei Wochen

Im Rahmen der zehn Anträge wurden insgesamt 4.342,28Euro ausgezahlt. Darüber hinaus wurden im Rahmen einer einmaligen Sonderzahlung 1.500,00 EUR an die Betroffene des rechtsterroristischen Anschlags auf den Kiez Döner in Halle am 9. Oktober 2019 bewilligt. Weitere 2.000 EUR wurden nach einem zweckgebundenen Spendenaufruf ebenfalls Überlebenden des Anschlags in Halle (Saale) ausgezahlt. Insgesamt wurden in 2018 und 2019 7.842,28 Euro an Betroffene rechter, rassistische und antisemitischer Gewalt aus dem Opferhilfefonds des VBRG e.V. ausgezahlt.

### **Gemeinsames Monitoring – Veröffentlichung der Zahlen zu rechten, rassistischen und antisemitisch motivierten Angriffen**

Die Angriffszahlen der Opferberatungsstellen aus Ostdeutschland, Berlin und NRW sowie seit 2017 auch aus Schleswig-Holstein gehen in eine gemeinsame bundesweite Statistik ein, die Auskunft über die Anzahl der rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffe gibt. Im Gegensatz zu behördlichen Statistiken werden auch für Fälle einbezogen, bei denen die Betroffenen aus verschiedenen Gründe keine Anzeige gemacht haben. Die gemeinsame Statistik beschreibt das Ausmaß, die Qualität und Rassismus als Hauptmotiv von 2/3 der Angriffe seit 2015. Für das Jahr 2017 wurden 1.394 Angriffe dokumentiert, für das Jahr 2018 1.495 und für das Jahr 2019 1.347. Jeweils 2/3 aller Angriffe waren rassistisch motiviert. Mit der Veröffentlichung der Zahlen und der Beschreibung von Einzelfällen wurde die Perspektive der Betroffenen sichtbar. Ziel dieser Darstellung ist die Sensibilisierung von Politik, Verwaltung und Medien für die Rechte und die Bedarfe von

Betroffenen. Der VBRG e.V. setzte sich dafür ein, dass die Zahl der Beratungsstellen, die sich am Monitoring beteiligen größer wird, damit in allen Bundesländern der Ausbau adäquater Hilfs- und Beratungsangebote für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt begründet und umgesetzt werden kann und stellte die Jahresstatistiken 2018 und 2019 in der Bundespressekonferenz der Öffentlichkeit vor.